

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 16361.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagens gasse Nr. 4 und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petritzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. März.

Der Mordanschlag auf den Zaren.
Die Nachrichten über die Einzelheiten des Attentats gegen den Zaren werden jetzt immer zahlreicher. Zunächst geht der "Nat.-Ztg." folgende Depesche zu:

Petersburg, 15. März. Bei dem geplanten Attentat auf den Zaren hatte sich einer der Verschworenen an die Cete des Nemsko-Projekts und der Morskoja postiert, welche die kaiserliche Familie bei ihrer Rückfahrt von der Kirche in die Peter-Pauls-Feste nach dem Warschauer Bahnhof umfahren sollte; offenbar in der Berechnung, daß bei der Wendung ein langsameres Tempo eingeschlagen werden müßte. Der betreffende Mann, wie es sich herausstellte, ein früherer Student, trug die Bombe in der Form einer Schulmappe in der Hand. Ein Polizist sah eine rote Strappe aus dem Instrument hervorbrechen, was seinen Verdacht erregte. Die Verhaftung erfolgte sofort und in den nächsten Augenblicken die von zwei in der Nähe befindlichen Individuen, die gleiche Schulmappen trugen. Die Meldung von der Verhaftung und dem Bombenfund wurde telegraphisch an den Kaiser abgesandt, der noch beim Gottesdienste sich befand. Der Kaiser soll in Thüringen ausgebrechen, indem er der Gefahr gedachte, die seiner Familie gedroht hatte. Die Route zur Rückkehr wurde geändert und die kaiserlichen Wagen fuhren in großem Umweg nach dem Bahnhof. Ungemein zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt; es herrscht große Bestürzung über den Vorfall in der Stadt. Großfürst Wladimir arbeitete mit den Leitern der Polizei, verschiedene Belohnungen sind verhängt worden. Es wird namentlich gerüht, daß die Entdeckung innerhalb eines großen Menschenmehls vollzogen werden konnte, das des Sonntags halber auf dem Nemsko-Projekt stattfand.

Aussführlichere Meldungen über das Complott hat jetzt auch der Londoner "Standard" erhalten, denen wir das Folgende entnehmen:

Am letzten Freitag bemerkten Detectives verdächtige Individuen in der Nähe der Anitschoff-Paläste, folgten denselben in eine Conditori, wo sie die Lieferzettel auszogen und verschiedene Pakete beobachteten niedergelegt. Einer hat ein großes Buch, ein Anderer eine Hefttasche, ein Dritter ein Paet. Die Polizei ließ sie nicht mehr aus den Augen und folgte ihnen am Sonnabend von ihren Wohnungen jenseits der Neva nach der Umgebung des Paläste, wo sie verhaftet wurden, als der Kaiser und der Thronfolger den Palast in Schlitzen zu verlassen im Begriffe waren. Die Verbrecher hatten vorzügliche Fluchtmöglichkeiten gefunden und ohne rechtzeitige Verhaftung wären der Zar und der Zarewitsch unfehlbar getötet worden, denn die Attentäter hatten Dynamitbombe. Das erwähnte Buch enthielt eine Blasche mit Dynamit und vergiftete Kugeln. Der Zar wurde verhaftet, eine andere Route führte nach dem Bahnhof einschlagn. Die Verhafteten sind alle junge Männer, dem Angewiehen nach Studenten. Der Träger des Buches warf dasselbe vor der Stadthauptmannschaft nieder, es explodierte jedoch nicht.

Die "Times" sagt:

"Je ernster der Versuch war, je größer wird das Interesse sein, welches man der nächsten Aktion der russischen Regierung beimisst. Der Kaiser ist sich stets bewußt gewesen, daß sein Leben nicht sicher sei. Wenn er von diesem Zwischenfall irgend welche besondere Notiz nimmt, so wird dies kein, weil er und seine Nachgeber denselben für ein Symptom der Unzufriedenheit unter den russischen Unteren Klassen halten, die den Staat selbst im Gefahr bedroht. Das allererste Resultat, welches dieser Versuch haben könnte, angenommen, daß ein solcher stattgefunden hat, würde eine Erneuerung amtlicher russischer Intervention in Bulgarien sein. Es würde nicht das erste Mal sein, daß ein despotisch Regierung sich im Auslande nach Abzugsscanalen für Kräfte umgesehen hätte, die in der Heimat gesäßlich lebendig werden. Es muß indes angegeben werden, daß in jeder anderen Beziehung die Anzeichen russischer Thätigkeit außerhalb der Grenze während der letzten paar Tage auffallend abgenommen haben, und daß die Dinge im Allgemeinen den Aufrechterhaltung einer friedlichen Politik anzeigen."

Nach der "Königl. Btg." ist die Aufregung in Petersburg ungeheuer. Es wurden im Ganzen 48 Nihilisten verhaftet, darunter 9, welche Bomben trugen.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Im Reichstage sollen alle Bemühungen dahn gerichtet werden, die zweite und dritte Lefung des Reichshaushaltsetats vor Eintritt der Osterferien zu beenden und es wird nun der Eintritt der letzteren von dem Abschluß der Staatsarbeiten abhängig bleiben. Womöglich sollen die Osterferien am 27. d. M. beginnen und bis zum 19. April dauern. Indessen handelt es sich dabei zunächst erst um einen Plan, dessen endgültige Feststellung noch aussteht.

Berufsgenossenschafts-Verband.

In der am 14. Mai v. J. in Berlin abgehaltenen Versammlung von Berufsgenossenschaftsvorständen, in welcher 20 deutsche Berufsgenossenschaften vertreten waren, ist bekanntlich ein Ausschuß zu dem Zwecke gebildet worden, eine Organisation befuß Veranlassung regelmäßiger Zusammenkünfte der Genossenschaftsvorstände für die Berathung gemeinsamer Angelegenheiten in die Wege zu leiten. Dieser Ausschuß hat nun beschlossen, die Genossenschaftsvorstände befuß Begründung eines Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften zu einer konstituierenden Versammlung auf Montag, den 27. Juni d. J., nach Frankfurt a. Main einzuladen. In der selben sollen zuwiderst die Statuten des geplanten Verbandes auf Grund eines bereits ausgearbeiteten Entwurfs berathen werden, doch dürfen wohl auch noch andere gemeinsame Angelegenheiten zur Besprechung gelangen.

Vermehrung der Fabrikinspectoren.

Nachdem der Beschluß des Reichstags betreffend die Vermehrung der Fabrik-Inspectoren von dem Bundesrat an die Einzel-Nationen herwiesen worden ist, haben die Abga. Dr. Lieber, Hitz und Letocha im Abgeordnetenhaus die Initiative ergriffen, um auf dem Gebiet des preußischen Staates den Bedürfnis Anerkennung zu verschaffen. Neben dem Antrag ist zunächst in einer Commission verhandelt worden, in welcher der Geh. Ob.-Reg.-Rath Lohmann nach einem kurzen Überblick über die

Entwicklung des Instituts der Fabrik-Inspectoren bemerkte:

Von Anfang an habe sich der Gedanke aufgedrängt, daß mit der Unfallversicherung auch die Unfallverhütung verbunden werden müsse. Schon im ersten, dem Reichstage vorgelegten, auf diese Materie bezüglichen Gesetzentwurf habe dieser Gedanke Ausdruck gefunden, habe sodann im zweiten Entwurf mit der Annahme des Genossenschaftsprincips seine nähere Ausgestaltung gefunden, welche in den dritten Entwurf übergegangen und mit diesem zum Gesetz geworden sei. Diese Lage der Sache könnte nicht ohne Einwirkung auf die Entwicklung der königlichen Staatsregierung über die weitere Regelung der Fabriktaufsicht bleiben. Es müsse nun erst abgemacht werden, was die Berufsgenossenschaften rücksichtlich dieser ihr zugewiesenen Aufgabe leisten würden, und in wie weit die gen. stenialtische Thätigkeit auf die Gestaltung der amtlichen Thätigkeit einwirken werde. Dadurch sei nicht ausgeschlossen, daß schon vor definitiver Regelung eine Vermehrung der Beamten da herbeigeführt werde, wo sich ein unabsehbares Bedürfnis herausstelle.

Als Bezirke, in denen ein solches Bedürfnis bestünde, wurde beispielweise Aachen-Trier, Köln-Coblenz, Hessen-Nassau, Arnsberg, Oppeln bezeichnet. Bei allzu großen Bezirken, wurde bemerkt, sei nicht bloß der Besuch der Fabriken schwieriger; es sei zu berücksichtigen, daß, wie in den amtlichen Mitteilungen über die Thätigkeit der Fabrikinspectoren für 1882 gefaßt ist, „die Anwesenheit des Fabrikinspectors meistens sehr schnell bekannt wird und für die Entdeckung von Übertretungen in der Regel nur der Tag der Ankunft in Betracht kommt.“ Eine Vermehrung der Beamten durch Assistenter sei fast überall notwendig. Beide Rücksichten tragen die von der Commission des Abgeordnetenhauses mit großer Majorität beschlossene Resolution Rechnung.

Das Schicksal der kirchenpolitischen Vorlage.

Die an sich unbedeutend scheinende, gestern uns telegraphisch übermittelte Meldung, daß Bischof Kopp bei der Beschlussfassung über die kirchenpolitische Vorlage in der Herrenhauscommission sich der Abstimmung enthalten habe, gibt über die Lage dieser Angelegenheit besseren Aufschluß als weitaus längere Ausführungen. Bischof Kopp hat nach Rom geschrieben, offenbar um den Vatican zu weiteren Instructionen zu veranlassen, und so wird das Herrenhaus warten müssen, bis man weiß, was die Kurie will oder nicht will. Die übrigen katholischen Mitglieder der Herrenhauscommission haben auch dieses Mal wieder für die Commissions-Verschlüsse gestimmt, aber man weiß ja aus Erfahrung, daß dergleichen Abstimmungen nicht verbindlich sind. Andere Mitglieder der Commission bieten Weiten an dafür, daß im Abgeordnetenhaus auch Herr Windthorst mit seinen Parteigenossen für das Gesetz stimmen werde. Unklar bleibt nur, ob darunter das Gesetz in der jetzigen Commissionsfassung, oder ein anderes zu verstehen ist. Die Angabe, daß die Commission bezüglich des Einspruchsrechts des Staates bei Anstellung von Geistlichen den Artikel 2 abgeändert habe, kann sich nur darauf beziehen, daß von der Anzeigepflicht die Pfarrverweiser befreit sein sollen.

Die Formulierung des Einspruchsrechts selbst ist, soweit bekannt, unverändert geblieben. Um so überraschender würde es sein, wenn die Kurie sich mit dieser erst vor einigen Jahren abgelehnten Formulierung einverstanden erklären sollte. In der Praxis freilich würde das nicht bedenklich sein, da es den Bischofs jederzeit freisteht, an Stelle eines Pfarrers einen Pfarrverweiser einzusezten, wozu es der Anzeige garnicht bedürfen soll.

Im Herrenhause hat die Verzögerung, die die Beratung des Kirchengesetzes erfährt, begreiflicherweise sehr unangenehm berübt. Die Herren haben damals, als die Vorlage zuerst erwartet wurde, schon einmal überflüssiger Weise die Reise nach Berlin machen müssen.

Ein Verdienst der „nationalen“ Mehrheit.

Die Budgetcommission des Reichstags hat gestern die einmaligen Ausgaben und nahezu das gesamme Extraordinarium des Militäretats, einige wenige Abegungen abgedreht, genehmigt. Die bereits viermal abgelehnte Forderung von 289 000 M. für die Unteroffiziersschule in Neu-Breitbach wurde endlich bewilligt. Ein Bericht der "Königl. Btg." über die Sitzung schließt mit folgenden Worten:

„Es war sehr erfreulich, daß alle Forderungen für Waffenmaterial und Festungsgebäude ohne jeden Widerspruch gegebenen wurden.“

Es soll das bei dem Leser die Meinung hervorrufen, als ob dieser „erfreuliche Vorgang“ der neuen Majorität der Cartellparteien zu verdanken sei. Bewilligt wurden gestern 11,6 Millionen zur Complettierung des Waffenmaterials, d. h. zur weiteren Beschaffung des Repetiergewehrs, also 4,6 Mill. M. mehr als im letzten Etat; 2,8 Mill. M. zur Complettierung der Munitionsbestände u. s. w. u. s. w. In gleicher Weise sind schon in den beiden letzten Etats die Forderungen der Militärverwaltung ohne Debatte und ohne jeden Widerspruch bewilligt worden. Das verschweigt man natürlich wohlwollend. Wo bliebe dann auch das gerühmte Verdienst der jetzigen „nationalen“ Mehrheit?

Der europäische Spirituosenhandel in Süd- und Westafrika.

Wie ausgedehnt der europäische Spirituosenhandel mit den Eingeborenen Südafrikas ist, dafür liefert eine kürzlich auf Betreiben der britischen Mission-Gesellschaften verfaßte Schrift des Geistlichen Horace Waller die Beweise. In derselben heißt es: „An einigen Orten Afrikas wird der Lohn selbst für Knaben und Mädchen in geistigen Getränken bezahlt, an anderen Orten sind wegen der allgemeinen Trunkenheit kaum Arbeiter zu beschaffen. Einige Stämme tauschen ihre Waren lediglich gegen Schnaps um.“ Ein Herr James Irwin in Liverpool, welcher die Verhältnisse kennt, berechnet, daß 5 000 000 Gallonen Schnaps nach dem Niger,

nach Benin, Brax, Neu-Calabar, Bonny, Opolo, Alt-Calabar, Kamerun u. z. jährlich verschiff werden. Der gesamte Handel wird von nicht mehr als etwa einem Dutzend Firmen betrieben, deren Inhaber thielweise gute Christen sind.“

So die englischen Berichte. Bekanntlich gehören die deutschen Colonialkönige Woermann u. z. zu diesen Firmen. Ersterer hat freilich dem Missionar Zahl gegenüber den Umfang und die Verderblichkeit des Spirituosenimports in Abrede gestellt. Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hat dagegen, was bei dieser Gelegenheit rühmend hervorgehoben sein mag, die Einfuhr von Spirituosen für den Umfang ihres Gebietes gänzlich unterfragt.

Die Wiedereinführung Ismail Paschas.

In Folge der von Herrn von Lesseps gebrauchten Neuerung, daß die Wiedereinführung Ismail Paschas in Ägypten als die beste Lösung zur Verbesserung der sich widerrichtenden Interessen Englands und Frankreichs im Nilthale befunden werden würde, bemerkt die Londoner "Morning Post" u. a.:

„Es überrascht nicht, daß Herr v. Lesseps sich in diesem Sinne ausgedrückt haben soll. Wenige Männer sind mit der wirklichen Lage Ägyptens bekannt, als der merkwürdig achtzigjährige Greis, und Wenige sind mehr bereit, dem Fürsten Bismarck darüber ihre Ansicht zu äußern. Wenn die Lust voll von Gerüchten ist über die allmähliche Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten, sowie über die Unzulänglichkeit der ägyptischen Finanzen zur Erhaltung einer Armee, dann ist es nur natürlich, wenn ein Mann, der so gründlich mit der gegenwärtigen Lage Ägyptens bekannt ist, eine gewisse Besorgniß mit Bezug auf das künftige Geschick des Landes äußert. Herr v. Lesseps hat beständig und energisch von der Notwendigkeit gesprochen, daß England und Frankreich mit Bezug auf ägyptische Angelegenheiten Hand in Hand geben und irgendeinen einen Conflict darüber vermeiden sollten. Augenscheinlich war es der Wunsch, welcher am Vorabend des Bombardements von Alexandrien die englische Regierung bewog, in der Unterdrückung der Revolte der ägyptischen Oberen unter Arabi Pascha die Coöperation Frankreichs nachzujuichen. Die Handlungswise Englands, indem es dies tat, konnte nicht regelrechter und ehrlicher sein, und England kann nicht getadel werden, nachdem man es ihm überließ, von Anfang an allein die schwere Aufgabe zu übernehmen, in Ägypten wiederum die Regierung herzustellen.“

Reichstag.

9. Sitzung vom 16. März.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Abg. Hitz: die Bestimmungen der §§ 134 bis 139 b der Gewerbeordnung, welche Vorschriften über die Beschäftigung der Kinder, sowie der weiblichen Arbeiter enthalten, auch auf die Werkstätten auszudehnen, in welchen andere elementare Kraft als Damenschafft verwendet wird. Damit verbunden wird die Beratung des Antrags Hitz und Lohren wegen der Arbeitszeit. Ein Principalantrag Hitz will 1. eine größere Sonntagsruhe einführen, von welcher zur Ausführung von Reparaturen, sowie in dringenden Fällen Ausnahmen gestattet werden können; 2. soll die Dauer der Arbeitszeit 11 Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage 10 Stunden nicht überstreichen; auch hier können Ausnahmen gestattet werden; 3. soll die Kinderarbeit in Fabriken verboten, die Arbeit junger Leute von 14—16 Jahren auf 10 Stunden täglich beschränkt, die Nacharbeit der Frauen und Kinder verboten, für gewisse Betriebsarten die Frauenarbeit gänzlich untersagt werden; 4. sollen die Vorschriften für gewerbliche Gehilfen und Lehrlinge auch auf die Apotheker- und Handlungsbüros angewendet werden. Ein Eventualantrag des Abg. Lohren will die Sonntags- und Nacharbeit weiblicher Arbeiter verbieten und die Vorschriften über die Verhinderung der jugendlichen und weiblichen Arbeiter auch auf die Werkstätten ausdehnen.

Abg. Hitz (Centr.): Der Parteidifferenz tritt bei diesen Fragen zurück; es ist allein zu prüfen, welche Wirkung die vorgeschlagene Gesetzgebung auf die Arbeiter üben wird. In England hat sich die Feststellung der Arbeitszeit in der Hauptstadt durch Ueberleistung der Arbeitgeber und der Arbeiter geregt, und zwar wurde dieser Streit dort zu einer Zeit ausgelöscht, wo die Lage des Weltmarktes und der Industrie eine wesentlich andere war als heute. In der Schweiz scheinen sich nach den Berichten der Fabrikinspectoren die Bestimmungen über die Normalarbeitszeit mehr einzuleben, indessen ist sie noch nicht ausnahmslos durchgeführt. In Österreich gehen die Ausnahmen noch so weit, daß die Durchbrechung der Regel noch das Gewöhnliche ist. Zu erwarten bleibt, wie weit durch Beschränkung der Arbeitszeitigkeit die ökonomische Lage der Arbeiter beeinflußt wird. Es würde zu prüfen sein, ob wir gegenwärtig eine Übergangszeit rüsten können, und welche Vorschriftenregelung zur Ueberwindung derselben anzuwenden sind. Wer trägt bei treitender Abklärung der Arbeitszeit den etwaigen Auffall? Wir haben nicht zu vergessen, daß wir über das, was bei uns für die Arbeiter geschieben ist, in der Belastung unserer Industrie nicht gut hinausgehen können. Es ist dann auf eine internationale Regelung der Frage hingewiesen worden. Aber wenn die kontrahirenden Länder von den Abmachungen absehen — was für Mittel haben wir dann, um sie zur Durchführung der Vereinbarungen zu zwingen? England, wo die Regelung durch freies Ueberkommen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern erfolgt ist, ist besser daran als wir, wenn wir sie im Wege der Gesetzgebung vornehmen. Wenn die Arbeiter dort seien, daß die Arbeitszeitigkeit abnimmt, so kann eine Änderung des Ueberentlohnungsleichts eintreten, als wenn der ganze Apparat der Gesetzgebung in Bewegung gesetzt werden muß. Es ist gewiß erstrebenswert, die verheiratheten Frauen, besonders wenn sie Kinder zu erziehen haben, von der Nacharbeit zu befreien. Es fragt sich aber, ob das nicht in manchen Arbeiterskreisen die allerschlimmsten Folgen nach sich ziehen würde. Dagegen aber muß ich mich prinzipiell aussprechen, die Arbeitszeit der verheiratheten Frauen auf 6 Stunden zu normieren; sie würden dann, wenn überhaupt, nur unter ganz ungünstigen Bedingungen und zu niedrigem Lohn beschäftigt werden. Wo Nacharbeit der weiblichen Arbeiter statfindet, besteht durchweg zwei Schichten. Würde die Nacharbeit gänzlich befeistigt, so würde die eine Schicht, also die Hälfte der weiblichen Arbeiter, überhaupt außer Dienst gestellt werden. In der Beschränkung der Kinderarbeit werden wir kaum von einem anderen Culturland übertroffen. 1883 hatten wir nur 18 000 in den Fabriken beschäftigte Kinder, ebenso 1884. Die Beschäftigung von Kindern spielt also kaum mehr als die Rolle der Ausnahme, die den hiesischen Antrag zulassen will. Schließen wir die schulpflichtigen Kinder von der Arbeit in den Fabriken gänzlich aus, so würden sie nur umso mehr in der Hausindustrie beschäftigt werden, wo sie nach den Klagen der Fabrikinspectoren auf jede beliebige Zeitspanne, nicht selten ganze Nächte hindurch und den ganzen Sonntag arbeiten. Die Commission wird sich der Aufgabe nicht entzagen können, zu prüfen, ob unsere Fabrikgesetzgebung nicht auf die Hausindustrie anzuwenden ist. (Beifall.)

Abg. Lohren (freicouf.): befürwortet seinen Antrag, daß Arbeiterinnen weder an Sonn- und Festtagen noch zur Nachtzeit (von ½ 9 Uhr Abends bis ½ 6 Uhr Morgens) beschäftigt werden dürfen, sowie daß an Sonnabenden Kinder und Arbeitertinnen um ½ 6 Uhr Abends aus den Fabriken entlassen werden müssen. Schon die vorjährige Arbeiterschutz-Commission habe diesen Anträgen zugestimmt. Sollte das Uebel sich weiter steigern, so trage ich jedesfalls nicht der Reichstag, sondern die Reichsregierung dafür die Verantwortlichkeit. Betreif. der Kinderarbeit habe er namens seiner Partei zu erläutern. Da sie dem Antrage Hitz, Kinder unter 14 Jahren in Fabriken überhaupt nicht zu lassen, durchaus zustimmt. Was die männlichen Arbeiter betrifft, so würde der Maximalarbeitszeit doch wohl für jeden Betrieb gesetzlich geregelt werden müssen. Seiner Ansicht nach werde es wohl nicht lange dauern, bis die einzelnen Industriezweige selber freiwillig zu solcher Regelung schreiten, da die Regelung der Production und die soziale und humane Pflicht sie dazu nötige. Wenn die einzelnen Industrie-

zweige, die Berufsgenossenschaften sich über ein gewisses Maß von Production einigen, so könnte man durch Reichsgesetz die wenigen Uebelwollenden, die sich ausschließen wollen, zwingen, ebenfalls ihre Production einzufordern. Das sei hinnahme verhindern von der Standardisierung durch einen Maximalarbeitszeit. Sahe der Berufsgenossenschaften aber werde es auch sein, dem Arbeiter auch eine Garantie gegen Arbeitslosigkeit, gewissermaßen ein Recht auf Arbeit zu verschaffen. Was schließlich die Sonntagsruhe betrifft, so habe der Auftragsteller überleben, daß dieselbe im wesentlichen bereits durchgeführt sei. Auch die Vorschläge Hitz's betrifft der Lehrlinge sehr ungeeignet und undurchführbar.

Abg. Harm (Soc.) bedauert, daß bei so wichtigen Anträgen der Bundesräthstisch so leer, auch das Haus so schwach besetzt sei. Beuglich der Anträge Hitz und Genossen wollte er zugeben, daß manches Gute darin sei. Zu bedauern sei aber, daß die Herren nicht entschieden weiter gehen. Man gebe wie die Klasse um den besten Preis. Wir halten dafür, daß Kinder unter 16 Jahren überhaupt nicht fabrikmäßig beschäftigt werden dürfen. Gerade in dem Alter ihres stärksten Wachsthumes und ihrer körperlichen Entwicklung werden sie jetzt in Textilfabriken eingezogen, die vorsätzlich gewaltsam und unethisch sind. So die Jugend einwirken. Ich will durchaus nicht behaupten, daß überhaupt weibliche Arbeiter nicht im industriellen Leben verwendet werden sollen; denn sie sind als Mitglieder der menschlichen Gesellschaft ja verpflichtet, auch zu ihrem Theil sich nützlich zu machen. Aber ich möchte ebenso gut auch wünschen, daß die Frauarbeit mehr beschränkt wird. Jedenfalls müssen die verheiratheten Frauen aus den Fabriken ganz verbannt werden. Heute machen die verheiratheten Frauen ihren Männerkonkurrenz. Sie sind dann gezwungen, ihre Kinder der Verwaltung auszuliefern auf der Straße zu überlassen. Es wäre ein großer Fehler, wenn es dem

ist. Ein abschreckendes Beispiel bietet uns die österreichische Gelehrte. Dort sind einige große Projekte in das Gesetz aufgenommen, die Feststellung der Ausnahmen aber ist der Ministerialkunst überlassen. Diese hat nun nicht weniger als 27 Kategorien von gewerblichen Betrieben aufgestellt, in welchen eine Ausschließung der Sonntagsarbeit unüblich ist. Man fragt sich danach, welche Sonntagsarbeit dann überhaupt noch verboten ist. Einen ähnlichen Weg betrifft der Antrag Hesse. Er will das Recht den Sonntagsarbeit ansetzen festlegen, und überlässt die Feststellung der Ausnahmen dem Bundesrat, der mag zuweilen, wie er damit zurecht kommt. Ich glaube, wir werden uns auch über die Ausnahmen bestimmen müssen machen müssen. Man hat mir sozialdemokratisches vorgeworfen, ich wäre für die Belastung der Kinderarbeit in der Haushaltung im Interesse der beteiligten Industrie und der Arbeitgeber. Nein, ich bin dafür im Interesse der betreuenden Familien und der Kinder selbst; ich finde es humaner, den Kindern die Möglichkeit zu geben, durch redliche Arbeit zum Unterhalt der Familien beizutragen, als sie betteln zu lassen oder sie als Drisarne unterstüzen zu lassen. Wo wirklich eine Ausbeutung der Kinder in der Haushaltung vorliegen sollte, könnten die Fabrikdirektoren einstreiten. Man sollte nicht so weit gehen, die Kinderarbeit in der Haushaltung schlechthin zu verbieten. Lieber eine Beschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken ließe sich reden. Der Antrag hierauf und in Bezug auf das Verbot der Frauenarbeit geht der sozialdemokratische Redner doch weiter als seine Kollegen in früherer Zeit. Mir ist die Arbeit der verheiratheten Frauen in den Fabriken viel besser als in anderen Betriebszweigen. Eine Fabrikarbeiterin ist viel besser daran als eine Waschfrau oder eine Tagelöhnerin auf dem Lande. Das Bedürfnis nach einem Normalarbeitsstag ist auch heute nicht nachgewiesen worden. Der Sozialdemokratie gebe ich zu, daß, wo sich eine Verkürzung der Arbeitszeit als notwendig herstellt, die Arbeiter sich durch das Versammlungsrecht und die Coalitionsfreiheit selbst helfen müssen. In der Schweiz sind in der letzten Zeit günstigere Resultate des Normalarbeitsstages hervorgegetreten. Diese erlauben sich aber aus der großen Depression der dortigen Industrie. Die Schweizer Arbeiter haben mir gesagt, sie wären froh, wenn sie nur Überstunden hätten. Außerdem macht die lateinische Handhabung die Vorschrift geradezu illusorisch. In der Schweiz ist die Arbeit der Kinder unter 14 Jahren verboten; trotzdem stellt ein Fabrikinspektor eine Tabelle auf, wie viele Kinder in seinem Bezirk beschäftigt werden. Bei uns kommt in Berlin und Charlottenburg nur ein Kind auf 1000 Arbeiter, trotzdem wir kein Verbot der Kinderarbeit haben. Man erreicht hier weit mehr durch die fortwährende Cultur als durch die schönen Gesetzesparaphrasen. Mit dem Deichsäuberer stimme ich darin überein, daß eine Normalarbeitszeit von 11 oder 10% Stunden im Großen und Gänze wenig an den gegenwärtigen Verhältnissen ändert, weil der erfundene Normalarbeitsstag längst in der Praxis überholt ist. In Berlin wenigstens ist eine längere Arbeitszeit schon jetzt die Regel. Eine längere kommt meist nur in handwerklichen und landwirtschaftlichen Betrieben vor. Mit Concessions gegen die Sozialdemokratie erreichen Sie nichts. Ich glaube, daß nicht eher eine Besserung der Arbeitsverhältnisse zu erwarten ist, als bis im Arbeiterstand selbst die Überzeugung sich Bahn bricht, daß er vor allen Dingen durch eigene Kraft und Tüchtigkeit weiterkommen kann. (Beifall links.)

Abg. Hartmann (cont.): Einige meiner Freunde sind bedenklich, auf diesem Gebiete zu rasch weiter zu gehen, weil es leicht dahin kommen könnte, daß man den Arbeitern, welchen man helfen will, Nachtheile bringt, statt Vortheile. Ein anderer Theil meiner Freunde steht auf dem Boden der Anträge. Bestimmte Stellung werden meine Freunde erst in zweiter Lehre nehmen. Besonders bedenklich erscheint es mir, daß man die Kinder durch Verbot der Fabrikarbeit in die Haushaltung treibt. Der Antrag Lohne entspricht meinen Wünschen; ob er vollständig ausreichend ist, wird ja in der kommunistischen Praxis festgestellt werden müssen. So leicht, wie der Antrag Hesse die Sache zu machen gedacht, geht es allerdings nicht; es wird Sache der Commission sein, hier eine Aenderung herbeizuführen. Die Sozialdemokraten unterschätzen die Bedeutung unserer sozialpolitischen Gelehrte. Wir sind auf diesem Gebiete weiter als alle anderen Staaten. (Beifall rechts.)

Abg. Giegelski (Pole): Das einzige Resultat aller Verhandlungen hier ist die Enquete über die Sonntagsarbeit. Es ist sonderbar, daß eine christliche Regierung darüber eine Enquete anstellt, ob ein Gottesgebot streng oder locker behandelt werden soll. Was die Frauen- und Kinderarbeit betrifft, so verlangen wir auch hier eine größere Rücksichtnahme.

Abg. Deichsäuberer (n-l): Den Normalarbeitsstag halte ich nicht bloß für unzulässig, sondern im Interesse des sozialen Friedens für notwendig. Ich bin mit dem Maximalarbeitszeit einverstanden, insofern eine regelmäßige Stundenzahl angenommen und dem Arbeitgeber eine bestimmte Anzahl von Überstunden im Interesse der freien wirtschaftlichen Bewegung zugestimmt wird. Ohne gesetzgeberisches Eingreifen ist eine sociale Reform nicht möglich. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Die Anträge werden einer Commission von 28 Mitgliedern übertragen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

Berlin, 16. März. Der Budget-Commission des Reichstags ist jetzt vertraulich der dem Bundesrat zugegangene Antrag zur Kennzeichnung mitgetheilt worden, wonach die Quartierentzündigung für Offiziere bei Mannschaften u. s. w. auf 2½ Mark pro Tag erhöht werden soll. Dieser Betrag soll den Offizieren von den ihnen zustehenden Commandozulagen abgerechnet werden. Unter der nicht gerade gewagten Voraussetzung, daß der Bundesrat diesen Antrag zustimmen werde, wird die Budgetcommission nun der im Militäretat wiederholt beantragten Erhöhung der Commandozulagen unter Ausschluß der Obersten zustimmen. Die Commandozulage für Lieutenanten, welche der vorige Reichstag bereits von 1,20 auf 2 Mk. erhöht hat, wird dann auf 3 Mk. steigen; die Commandozulage für Hauptleute von 2 auf 4 Mk. für Stabsoffiziere von 2,50 auf 5 Mk. Die weitere Erhöhung der Commandozulage für Regimentscommandeure auf 7,50 Mk. wie solche im Etat beantragt ist, würde demnach die Commission nicht bewilligen.

F. Berlin, 15. März. Nach einer kürzlich erschienenen Zusammenstellung über den Verbrauch von Braunkohlen und Briquettes in Berlin ist in den Jahren von 1880 bis 1886 der Verbrauch böhmischer Kohlen von 153 975 Tonnen nur auf 156 076 Tonnen, der Verbrauch einheimischer Braunkohlen von 153 833 auf 378 129 Tonnen gestiegen. Während im Jahre 1880 in Berlin böhmische und deutsche Braunkohlen und Briquettes in gleicher Menge konsumiert wurden, ist der Verbrauch der böhmischen seitdem nahezu doppelt geblieben, während der der deutschen um das andertausendfache gestiegen ist. Das deutsche Produkt hat das böhmische aus dem Felde geslagen. Diese Thatache bedeutet noch nachträglich in sehr interessanter Weise die Behauptungen der Vertreter der sächsisch-hüttingischen und niederschlesischen Braunkohlenindustrie, welche vor zwei Jahren den Reichstag mit Eingaben wegen Einführung eines Zolles auf Braunkohlen und Briquettes bestimmt und den Nachweis erbringen zu können glaubten, daß die böhmische Konkurrenz die deutsche Braunkohlen-Industrie vollständig ruinire; sie scheuten sich sogar nicht, geltend zu machen, daß die Wasserstraße der Elbe mit deutschem Gelde regulirt und unterhalten sei und nun von dem ausländischen Produkte auf deutsche Kosten benutzt werde. Die von den Industriellen damals aufgestellten Behauptungen haben sich nicht bewähret. Die angeführten Zahlen zeigen, daß gerade für den Berliner Markt die deutsche In-

dustrie der böhmischen überlegen ist; der in den letzten Jahren außerordentlich gewachsene Verbrauch von Briquettes ist vorzugsweise der deutschen Industrie zu Seite gekommen.

* [Abgeordnetenjubiläum.] Heute findet das 25jährige Abgeordnetenjubiläum des Abg. Birchmann statt. Dasselbe wird im engeren Kreise bei Hulten durch ein Diner gefeiert, an welchem die freimaurischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Reichstages, sowie eine Anzahl früherer parlamentarischer Collegen teilnehmen. Auch von Danzig ist, wie wir hören, dem Jubiläum vom Vorstand des liberalen Wahlvereins ein Glückwunschtelegramm zugegangen.

* [Conferenz von Textilverbundsgenossenschaften.] Am 18. d. M. findet in Berlin eine Conferenz von fünf der sechs deutschen Textilverbundsgenossenschaften statt, in welcher über Aufstellung gemeinsamer Universalverhüttungs- Vorschriften berathen werden soll. Die rheinisch-westfälische Textilverbundsgenossenschaft beteiligt sich an der Conferenz nicht, da sie bereits derartige Vorschriften besitzt, welche auch schon die Genehmigung des Reichsversicherungsamts gefunden haben.

* [Dem Grafen Nobilant], italienischen Minister des Äußern, ist vom König der Schwarze Adler-Orden verliehen worden.

* [Anträge zur Kunstbutterfabrikation.] Unter den conservativen Abgeordneten hat sich eine freie Kunstbutter-Commission gebildet behufs Formulirung von Anträgen zur Verbesserung des eingebrachten Kunstbuttergeiges. Danach soll Kunstbutter niemals unter einem Namen verkauft werden, in welchem das Wort "Butter" vorkommt. Vernissierung von Butter mit Erfahrungsmittel derselben soll bestrafft werden. Geschäftsräume, Verkaufsstellen, Geschäfe und äußere Umhüllungen müssen die Bezeichnung des Fabrikats enthalten.

* [Die Holzanschaffung nach Frankreich] über die elsass-lothringischen Grenzstationen ist in der letzten Zeit zurückgegangen und übersteigt den normalen Umfang früherer Jahre nicht mehr. Die "Polit." bemerkte hierzu:

Man darf hierauf annehmen, daß die Franzosen ihr Bedürfnis an Holz bereits gedeckt haben, oder daß man von dem bisherigen System zu dessen Durchführung das Holz brauchen würde, abgesehen ist.

Wir meinen: Nach den Wahlen ist die Melodie fast eine andere wie vor denselben. Das haben wir längst vorhergesagt.

* [In der "Post"] finden wir folgende Notiz:

Die "Danziger Zeitung" schreibt: "Die freikonservative Partei soll im Reichstage Anträge auf Verlängerung der Legislaturperiode einbringen wollen." Diese Würdigung enthebt der tatsächlichen Begründung.

Wir bemerken dazu, daß die "Danziger Zeitung" dies nicht "geschrieben", sondern unter dem "telegr. Specialdienst" von ihrem dazu angestellten Correspondenten erhalten hatte.

Posen, 16. März. Neben die Rettung des polnischen Bodens spricht sich Dr. Theodor Kalkstein in einer polnischen Broschüre unter dem Titel "Unsere Lage" dahin aus: "Die Aufgabe, welche sich die polnische Zeitung-Bank gestellt habe, sei unaufführbar, da diese unmöglich die Konkurrenz mit den 100 Millionen Mark, mit denen die Anfieldungs-Commission operirt, aufzuhalten weiß; im günstigsten Falle werde diese Bank das sein, was jede andere Bank ist, d. h. eine Institution, welche für den Gewinn einer Anzahl von Kapitalisten arbeitet." Der Verfasser der Broschüre ist der Ansicht, daß, um der für das Polentium schädlichen Wirkung des 100-Millionenfonds vorzubeugen, Ackerbau-Genossenschaften ins Leben gerufen werden müssen, welche auf denselben Grundlagen basieren, wie die Borschtsch-Vereine, und daß ferner, um die innere Colonisation zu fördern, Parzellen größerer Güter bauerlicher Wirthen in Pacht übergeben werden müssen.

Hochkreisham (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der Landrat Bischof aus Leobschütz, um den hiesigen Ortsvorsteher von seinen Amtsgeschäften zu inspizieren. Grund zu dieser Entziehung war die Wahlkämpfer am 21. Februar. Der Gemeindevorsteher, welcher für die Centrumspartei stark agitierte, hatte sich von seinem Acker darüber, daß im hiesigen Dorfe der Septennat-Kandidat mehr Stimmen erhalten hatte als der Centrumscandidat, hinreichen lassen, daß er in einen auf den Kaiser seitens des Amtsversteher ausgebrachten Faust nicht mit einschlägt, sondern sich entfernte. Von diesem Vorfall war dem Landratsamtliche Mitteilung gemacht, so daß letzteres die Einleitung der Disciplinaruntersuchung gegen den Ortsvorsteher unter Suspensionsdruck anordnete.

Königswartha (Kr. Leobschütz), 14. März. Am 10. d. erschien in unserem Dorfe der

Die gestern Vormittag 11 Uhr erfolgte glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen statt jeder besondern Meldung hiermit ergebenst an (4944) Schiffer u. Frau, geb. Lange. Danzig, den 17. März 1887.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Seunfälle, welche das Schiff "Martha", Capt. Dobrik, auf der Reise von Rügenwalde nach Greifswald erlitten hat, haben wir einen Termin auf den 19. März er., Vorm. 9½ Uhr, in unserem Geschäftsstale Langenmarkt 43 anberaumt. (4922) Danzig, den 17. März 1887. Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Seunfälle, welche das Schiff "Anna Maria", Capitain Bohn, auf der Reise von Königsberg nach Schulsdorf erlitten hat, haben wir einen Termin auf den 18. März er., Vormittags 9½ Uhr, in unserem Geschäftsstale Langenmarkt 43, anberaumt. (4920) Danzig, den 17. März 1887. Königl. Amtsgericht X.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Seunfälle, welche das Schiff "Anna Alida", Capitain Saatmann, auf der Reise von Danzig nach Carlshafen erlitten hat, haben wir einen Termin auf den 18. März er., Vormittags 9½ Uhr, in unserem Geschäftsstale Langenmarkt 43, anberaumt. (4921) Danzig, den 17. März 1887. Königl. Amtsgericht X.

Dampfer-Gelegenheit
nach
Leith
in diesem Monat. Güteranmeldungen erbittet (4916)
Wilh. Ganswindt.

Dampfer-Gelegenheit
nach Bristol, prompt SS. "Magria", nach Newcastle, ca. 20. März cr., SS. "Dortenau", nach Dünkirchen prompt SS. "Fiducia". Prompte Güteranmeldungen erbittet (4917)
Wilh. Ganswindt.

Ich habe mich in
Schönes als Arzt
niedergelassen.
Lauer,

pract. Arzt.
Schön, im März 1887.
Auerlitzte Uimer Münster-
bau - Lotterie, Hauptgewinn
A. 75 000. Lose a. A. 350.
Harienburger Schlossbau-
Lotterie, Hauptgewinn A. 90 000,
Lose A. 3. (4946)
Loose der Marlenburg. Pferde-
Letterie a. A. 3.
Loose der Pommerschen Lotte-
rie a. A. 1 bei Th. Bertling, Gerberstraße 2.

A. Große
Pommersche Letterie.
Bis. in Stettin 23. März 1887.
Gewinne i. W. A. 60 000
1 a 20 000 = 20 000
1 a 10 000 = 10 000
1 a 2 000 = 2 000
1 a 1 500 = 1 500
1 a 1 000 = 1 000
4 a 500 = 2 000
5 a 300 = 1 500
10 a 200 = 2 000
10 a 100 = 1 000
et. ic. et.

Lose a. 1 A. bei Herm. Danz. Wollweberasse 21. (4907)

Prima-
Eß-Caviar
empfiehlt (4941)

Emil Hempf,
119, Hundegasse 119.

Feinste Eischbutter,
täglich frische Sendung, pro Pf. 1,20. empfiehlt (4947)

Carl Köhn,
Bors. Graben 45, Ede Melzergasse.

Fette Enten, Büten
und Capaunen
empfiehlt und empfiehlt
Magnus Bradtke.

Geräucherte Ostseesprotten

z. 15 und 20 g. in Kisten 80 g. Postkosten 1,70, sowie allerl. neuer Caviar

z. 1,60 u. 1,80, sow. alle Arten Salzheringe an den billigsten Preisen in der

Verlagsbuchhandlung Tobiasgasse und

Glockmarkt-Ede Nr. 12 bei Cohn.

Bruteier
vom 1,8 ff. schwarzen italienischen Leg-
dähnern, gelb. B. u. Sch. starke
Thiere, z. 20 g. einschließlich Ver-
packung. H. Friesen, (4892) Baumgartnerasse 29.

Besten Danziger Porter
in Gebinden und Flaschen
offenbar (4896)
F. Giffenhardt Nachfolger,
Th. Holtz,
Pfefferstadt 46.

Frantz

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

V.W. SPINDELER

I. Damm 19.

Danzig.

I. Damm 19.

Meyer & Gelhorn,

in

Danzig,

Langenmarkt No. 40,

Bank- und Wechsel-Geschäft.

Ein- und Verkauf

von in- und ausländischen Wertpapieren, ausländischen Banknoten

(4928)

Aufforderung zum Ringkampf.

Da während der kurzen Zeit unseres hierfeins vielfache Anfragen an uns ergangen sind, ob wir uns auch auf Ringkämpfe einlassen würden, wie unsere Vorgänger in früheren Jahren, so fordern wir hiermit alle starken Männer Danzigs auf zum französischen oder Schweizer-Gürtel-Ringkampf.

Personen, welche geneigt sind, ihre Kräfte mit uns zu messen, belieben ihre Adressen an der Kasse des Wilhelm-Theaters abzugeben.

Hochachtungsvoll

François Price und Willy Bogler,

Athleten und Ringlämpfer.

Selterser und Sodawasser

in Syphons, Patentflaschen etc., Limonade gazeuse, pyrophosphor-saures Eisenwasser, Hunyadi-Janos. Emser Krüppchen, sowie alle natürlichen u. künstlichen Mineralbrunnen empfiehlt

F. Staberow,

Poggendorf 75. (4911)

A. Ulrich, Danzig.

Specialität:
Spanische, griechische, italienische, ungarische und Cap-Weine.

Comtois und Verkaufslager:

18. Brodbänkengasse 18.

Reconvalescenten von ärztlicher Seite empfohlen:

Mavroafné . . . M. 1,85
Lagrymas . . . 1,80
Dunkler Malaga . . . 1,85

Ferner:

Portwein . . . M. 1,50 Marsala . . . M. 1,50 Tintillo . . . M. 3,00
Sherry . . . 1,50 Alicante . . . 1,60 Canariense . . . 4,00
Madeira . . . 1,50 Malvasier . . . 1,85 Cap Pontac . . . 2,50
Moscatel . . . 2,00 Pajarete . . . 2,50 Cap Constantia . . . 4,50

etc. etc. etc.

per Flasche (½ Ltr.) incl. Flasche.
In Gebinden von 10 Ltr. an billiger. — Versand nach auswärts prompt. — Ausführliche Preiscurante gratis und franco.

Garantirt rein und echt. (4986)

Unzerbrechliche Zahngesäfte.

Die fast erreichte Unzerbrechlichkeit der Vale meiner Gesäfte ermöglicht die feinste und sierliche Ausarbeitung derselben.

Reparaturen und Umarbeitung

alter Gebisse in einigen Stunden. Sprechstvn. 9—6 Uhr.

Dr. Lemann (in der Schweiz und Amerika dipl.)

Langgasse 83 am Langenauer Thor.

Um vor Beginn der Rückhalbs-Saison mit meinem großen Lager in

Herren-Stieftiefeln, Wirthschaftstiefln und kurzen Schafstiefln,

von bestem Kind- oder Rosleder, so schnell als möglich zu räumen, verkaufe solche zu ganz billigen Preisen.

J. Willdorff,

Schuh- und Stiefel-Fabrik, Kärschnerasse 9. (4914)

Täglich frische hochseine

Zafelbutter,

a. Pf. 1 A. 20 g., frische Zafelbutter, a. Pf. 1,10 — 1 A. gute fette Zafelbutter 90 u. 85 g. empfiehlt die Bautauer Weicrei, Holzmarkt Nr. 24. Eingang Breitgasse. (4947)

Schönsee.

Fetten pisanten

Tissiter Käse,

in Broden v. 6—7 Pf. pr. Pf. 60 g.

verdient franco gegen Nachnahme.

Die Danziger Meiereli.

Fette Puten

find zu verkaufen Gr. Allee Nr. 4.

Strohhüte

wäscht, färbt, modernisiert schnell und gut (4975)

August Hoffmann,

Strohbutzfabrik, Heil. Gelehrasse 26.

Meine großen und kleinen

Wöbelwagen

bringe ergebnst in Erinnerung zum weiteren Transport und Umzug in der Stadt den billigsten Preisen.

Carl Grünholz, Borröt.

Frantz

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Breitgasse 36 bei J. Baumann. (4898)

zu Festlichkeiten werden stets verliehen